

Die engen Russland-Kontakte Gerhard Schröders sind seit vielen Jahren umstritten. Bisher hat sich der Altkanzler durch nichts von seinem Engagement für russische Energiekonzerne abbringen lassen. Die ukrainische Regierung denkt an einen ungewöhnlichen Schritt.

Anlass der Diskussionen ist die Präsidentenwahl in Russland – bei der haben Beobachter einige Mängel gesehen.

Sanktionen gegen Schröder?

VON MICHAEL FISCHER

BERLIN. Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin hat den Westen aufgerufen, Sanktionen gegen Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) wegen seines Russland-Engagements zu prüfen. „Es ist wichtig, dass es Sanktionen nicht nur gegen russische Regierungsmitglieder und russische Staatsunternehmen gibt, sondern auch gegen diejenigen, die im Ausland Putins Projekte vorantreiben“, sagte Klimkin. „Gerhard Schröder ist für Putin weltweit der wichtigste Lobbyist. Es sollte deshalb geprüft werden, wie die EU hier handeln kann.“

Später relativierte Klimkin die Aussage. „Ich möchte Klarheit reinbringen: Ich habe nicht vorgeschlagen, Sanktionen gegen solche Personen wie Gerhard Schröder zu verhängen“, schrieb er bei Twitter. Allerdings solle man „wachsam“ sein, damit Russland seine „gefährlichen Projekte“ nicht in Europa vorantreiben könne. „Schlussendlich haben wir alle gemeinsam eine Diskussion begonnen.“



Nord Stream ist ein Speer in die Eingeweide der europäischen Solidarität.

ANRIJ MELNYK
Botschafter der Ukraine

Die Bundesregierung wies die Sanktionsidee umgehend zurück. „Die Bundesregierung, auch die Bundeskanzlerin sieht keine Veranlassung, Überlegungen dieser Art anzustellen“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) schloss Strafmaßnahmen gegen den Altkanzler dagegen nicht kategorisch aus. Dies sei „nach einschlägiger Prüfung mit großer Vorsicht zu erwägen“, sagte sie bei „bild.de“ auf eine entsprechende Frage.

Schröder ist seit seiner Kanzlerschaft (1998 bis 2005) eng mit Putin befreundet, der zum vierten Mal zum russischen Präsidenten gewählt wurde. Unvergessen ist, dass er den russischen Präsidenten damals als „lupenreinen Demokraten“ einstufte. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundesre-

gierung wechselte Schröder zu dem Pipeline-Unternehmen Nord Stream, das für den Bau einer Gasfernleitung von Russland durch die Ostsee direkt nach Deutschland gegründet wurde. Nord Stream gehört mehrheitlich dem russischen Energiekonzern Gazprom. Das Projekt wird von Kiew heftig kritisiert, weil es Russland ermöglichen soll, Gas direkt nach Westeuropa zu exportieren, ohne dass die Ukraine als Transitland darauf Zugriff hat. 2017 wurde Schröder zum Chef des Aufsichtsrates des russischen Energiekonzerns Rosneft gewählt, den die Europäische Union wegen der Ukraine-Krise mit Strafmaßnahmen belegt hat.

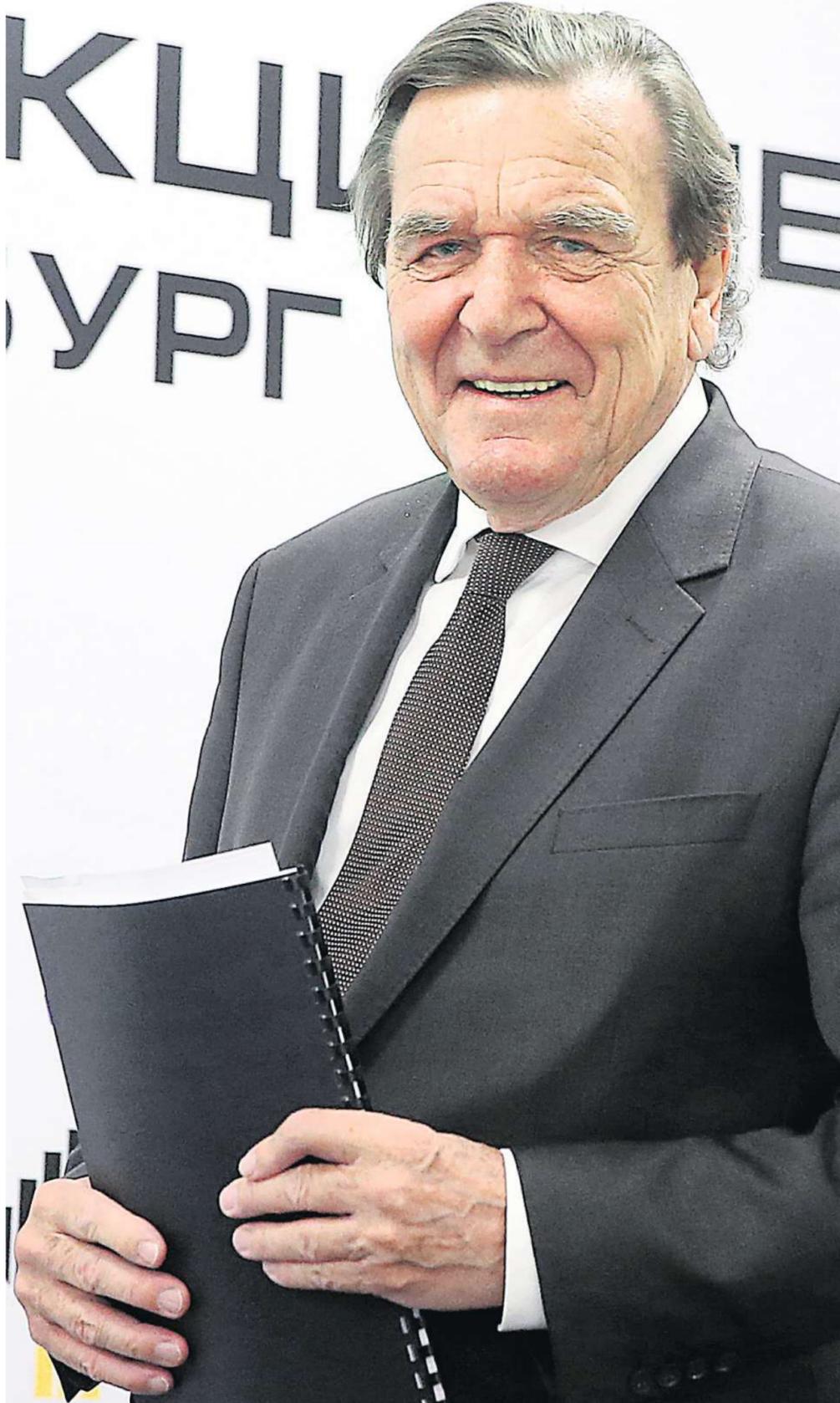
Die Ukraine forderte Deutschland nun auch auf, den Bau der umstrittenen zweiten Nord-Stream-Pipeline in der Ostsee zu stoppen. „Wir rufen die Koalition in Berlin auf, diese Pipeline, die als Trojanisches Pferd der Kreml-Politik dient, erneut auf den Prüfstand zu setzen und darauf zu verzichten“, sagte Anrij Melnyk, Botschafter der Ukraine in Berlin, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Melnyk warf Russland vor, einen Gaskrieg gegen den Westen zu führen und durch den direkten Export abhängig und erpressbar zu machen. Nord Stream sei „kein rein kommerzielles Projekt, sondern eine schwere politische Waffe“ und ein „Speer in die Eingeweide der europäischen Solidarität“.

Schröders Nähe zu Putin wird auch in seiner eigenen Partei kritisch gesehen. Allerdings äußert kaum ein prominenter Sozialdemokrat diesen Unmut offen. Das kritisierte der Grünen-Politiker Omid Nouripour, der Außenminister Heiko Maas (SPD) zu einer klaren Positionierung zum Russland-Engagement seines Parteifreundes aufrief. Schröders Tätigkeiten seien „jenseits von Gut und Böse“, sagte der außenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion. Von Maas und von der SPD forderte er daher „klare Worte“: „Das wäre wirklich mal überfällig.“

Die EU hat 2014 in mehreren Wellen Sanktionen gegen Personen, Firmen und Organisationen aus Russland verhängt, wegen der russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und wegen der militärischen Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine durch Moskau.

Insgesamt wurden mehr als 150 Personen mit Einreiseverboten für die EU belegt. Konten, die sie eventuell in der EU unterhielten, wurden gesperrt.



UMSTRITTENER JOB: Gerhard Schröder ist Aufsichtsratsvorsitzender des russischen Ölkonzerns Rosneft – und ein enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

NPINTERVIEW

„Wir brauchen ein Lobbyregister“

VON PETRA RÜCKERL

Roman Ebener von der Hamburger Transparenz-Plattform „Abgeordnetenwatch“ fordert im NP-Interview ein Lobbyregister.



Roman Ebener

Kiew bezeichnet Altkanzler Gerhard Schröder als Putins wichtigsten Lobbyisten. Sehen Sie das auch so?

Hier wird deutlich, welches große Problem wir mit Lobbyismus haben: nämlich, dass er so verdeckt stattfindet. Bei Schröder ist es so halbverdeckt, man weiß, dass er dabei ist, aber was er wirklich macht und mit welchen Mitteln er arbeitet, bleibt im Unklaren. Er ist eng vernetzt mit Russland und dem russischen Öl- und Gaskonzern als Rosneft-Aufsichtsratsvorsitzender, aber welchen Einfluss er tatsächlich noch auf die deutsche Politik hat, bleibt unklar. Wir haben in Deutschland keine Möglichkeit, so etwas wirklich aufzuklären.

Warum werden altgediente Spitzenpolitiker überhaupt angeheuert?

Davon abgesehen, dass es sich um interessante Persönlichkeiten handelt, spielt hier vor allem das Netzwerk und das Adressbuch eine Rolle. Schröder als ehemaliger Kanzler ist natürlich bestens vernetzt – immer noch auch in die aktuelle Spitzenpolitik. Und allein deswegen sind solche Leute privaten Unternehmern das viele Geld letztlich wert.

Nun ist Schröder Rentner und bessert sich sein Altersruhegeld auf. Ist das wirklich so verwerflich?

Es wäre nicht verwerflich, wenn es keinen Bezug zur Politik gäbe. Würde er sein eigenes Café aufmachen, hätte niemand etwas dagegen. Das Problem sind die Interessenskonflikte mit seinem früheren Amt und der neuen Tätigkeit. Es gibt ja viele Politiker, die solche Seitenwechsel vollzogen haben und eben auch Einfluss nehmen. Diese Einflussnahme ist das Problem, zumal sie nicht sichtbar für die normalen Bürger ist.

Sollte es verboten werden, dass amtierende oder ehemalige Spitzenpolitiker im Lobbyismus arbeiten?

Da wir in Deutschland allerdings große Schutzregeln für die Berufsfreiheit haben, lässt sich das nicht so generell machen. Deswegen fordern wir eine längere Karenzzeit. Die müsste auf mindestens drei Jahre ab Amtsende erweitert werden, um eine halbwegs vernünftige Abklingzeit zu bekommen. Vorher sind die Kontakte noch zu nah und zu heiß.

Sehen Sie noch weitere deutsche Politiker auf Putins Liste?

Wir haben insgesamt sehr enge außenpolitische Verbindungen, was ja erst einmal nicht schlecht ist. Das Problem ist, dass durch die fehlende Transparenz bei uns nicht sichtbar wird, welche Abgeordneten wo welche Verbindungen zu welchen Zwecken nutzen. Oder welchen Einfluss Unternehmen auf die deutsche Politik nehmen. Das lässt sich nicht nachvollziehen. Wir brauchen hier einfach ein Lobbyregister, in dem all solche Kontakte veröffentlicht werden müssten.

Kritik nach Putins historischem Sieg

Beobachter registrieren zahlreiche Verstöße gegen das Wahlrecht

MOSKAU. Nach dem Rekord-Wahlsieg des alten und neuen Präsidenten Wladimir Putin haben internationale Beobachter einen Mangel an politischem Wettbewerb in Russland kritisiert. „Eine Auswahl ohne echten Wettbewerb ist leider keine echte Auswahl“, sagte Michael Georg Link, Leiter der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Moskau.

Oppositionsnahe russische Wahlbeobachter warfen den Behörden zudem Verstöße bei der Abstimmung ums Präsidentenamt vor.

Dennoch geht Putin durch das historische Ergebnis gestärkt in seine vierte Amtszeit und weitere Gespräche mit dem Westen. Deutsche Politiker riefen ihn auf, sein neues Mandat dafür zu nutzen, Gegensätze zu überwinden. Kanzlerin Angela Merkel gratulierte Putin und forderte ihn auf, „den Dialog untereinander weiterzuführen und die Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern zu fördern“.

Die Wahlkommission sprach Putin mit 76,66 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seiner politischen Karriere zu. Putins sieben

Mitbewerber blieben chancenlos. Zweiter wurde der Kommunist und Millionär Pawel Grudinin mit 11,8 Prozent der Stimmen.

Viele Kandidaten hätten im Wahlkampf selbst gesagt, dass sie keine Chance bei der Wahl hätten, kritisierte Michael Georg Link von der OSZE-Mission. „Wenn die gesetzlichen Umstände viele grundlegende Freiheiten einschränken und das Ergebnis nicht angezweifelt wird, verlieren Wahlen ihren Zweck, die Menschen zu ermächtigen, ihre Anführer zu wählen“, sagte der FDP-Bundestagsabgeordnete.

Es seien Fälle von Mehrfachabstimmung registriert worden, hieß es. In ihrer Mitteilung kritisierten die Beobachter Mängel bei der Transparenz und bei der Wahrung des Wahlgeheimnisses. Die Legitimität der Wahl zog die OSZE allerdings nicht in Zweifel.

Konkreter waren die Vorwürfe der russischen Beobachter-Organisation Golos. Es seien landesweit rund 3000 Unregelmäßigkeiten registriert worden, hieß es. Die Beobachter nannten Fälle von mehrfacher Stimmabgabe, fehlerhaften Wählerlisten und defekten Wahlurnen.



HISTORISCH: Wladimir Putin bekam 76,66 Prozent der Stimmen.

EU vermeidet klare Schuldzuweisung an Moskau

BRÜSSEL. Im Fall des Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal haben sich die EU-Staaten nicht auf klare Schuldzuweisungen in Richtung Russland einigen können. Bei einem Außenministertreffen in Brüssel wurde die in England verübte Tat zwar erneut mit deutlichen Worten verurteilt. Mit Blick auf die von Großbritannien geäußerten Vorwürfe gegen Moskau blieb die gemeinsame Erklärung allerdings vergleichsweise schwach.

Die EU nehme die Einschätzung Großbritanniens sehr ernst, das höchstwahrscheinlich Russland für den Anschlag verantwortlich sei, heißt es lediglich in dem Text.

Russland müsse unverzüglich alle Fragen zu dem Fall beantworten.

Als ein Grund für die Abschwächung gelten vor allem Einwände Griechenlands. Auch die österreichische Außenministerin Karin Kneissl warnte jedoch vor Vorverurteilungen. Es gehe nun darum, dass Experten die Sache aufklärten, sagte sie. Vorher sollte es nicht zu Beurteilungen kommen.

Ungeachtet dessen verschärfte der britische Außenminister Boris Johnson erneut den Ton. Russland versuche „eine Stecknadel Wahrheit in einem Heuhaufen von Lügen und Vernebelung zu verstecken“, sagte Johnson.